

Klaus Bodemer/Fernando Carrillo Flórez (eds.)

Gobernabilidad y reforma política en América Latina y Europa

Plural editores, La Paz-Bolivia 2007, 360 p., € 18,00; ISBN 978-99954-1-063-6

Die Tagung, deren Beiträge das vorliegende Buch versammelt, fand schon im Dezember 2005 in Hamburg statt. Tagungsbände solcher Art welken rasch. Dieser nicht. Denn man wird zum behandelten Thema zwischenzeitlich kaum Vergleichbares an Substanz auf derart gedrängtem Raum finden.

Bei der besagten Tagung handelte es sich um das Jahrestreffen des europäisch-lateinamerikanischen Wissenschaftsnetzes "Regierbarkeit für Entwicklung" (Red EuroLatinoamericana de Gobernabilidad para el Desarrollo – REDGOB). Dieses Netzwerk, gegründet 2003 in Barcelona, umfasst inzwischen rund 30 wissenschaftliche Forschungseinrichtungen. Zu seinen Trägern zählen neben der Interamerikanischen Entwicklungsbank BID, von welcher der Gründungsimpuls stammt, etliche renommierte wissenschaftliche Institutionen in Europa und Lateinamerika, wie das Instituto Internacional de Gobernabilidad (IIG) in Barcelona, das Hamburger GIGA – Institut für Lateinamerika-Studien, das Nuffield College der Universität Oxford, das Institut de Sciences Politiques Paris I, das Instituto Interdisciplinario de Iberoamérica der Universität Salamanca und das International Institute for Democracy and Electoral Assistance (IDEA) in Stockholm. In REDGOB manifestiert sich, da für Lateinamerika "Entwicklung" noch immer eher eine politische als eine technische Herausforderung ist, eine biregionale politische Agenda, die Fortschritte in der sozioökonomischen Entwicklung mit der Institutionalisierung demokratischer Freiheiten verknüpft.

Die regelmäßig im Dezember stattfindenden Jahrestreffen von REDGOB kreisen deshalb um aktuelle, meist politik- oder sozialwissenschaftlich dominierte Leit-Themen.¹ Hier ging es um die Regierbarkeit als Problemfeld vor allem in Lateinamerika. Anders nämlich als der Buchtitel erwarten ließe, widmen sich spezifisch europäischen Facetten dieses Themas von den insgesamt achtzehn Beiträgen ganze drei.

Nachdem eingangs die beiden *Herausgeber* kurz das REDGOB vorgestellt und die insgesamt fünf Kapitel des Bandes umrissen haben, widmet sich im ersten Kapitel "Indicadores de gobernabilidad en América Latina" *Jaime Ordoñez*, derzeit in Costa Rica lehrender Staatsrechtler und Politologe, zwei in der Governance-Debatte einander widerstreitenden Ansätzen zur Erarbeitung von Regierbarkeitskriterien, ("El debate entre indicadores de diagnóstico vs. indicadores de prescripción. El caso de América Latina"). Anschließend befasst sich der Tübinger Politologe *Christian von Haldenwang* mit materiellen wie institutionellen Dimensionen von Regierbarkeit beim Austarieren von Effektivität und Legitimität in der – unter anderem auch deutschen – Entwicklungszusammenarbeit mit Lateinamerika ("Gobernabilidad en América Latina. Una orientación para la cooperación al desarrollo"). Hier schon anklingende Zweifel finden Nahrung, wenn im folgenden *Mikel Bar-*

¹ Das letztvergangene Jahrestreffen am 10./11.12.2009 in Salamanca/Spainien widmete sich der Rolle der lateinamerikanischen Legislativen (El papel del Poder Legislativo en América Latina).

reda, an der Universität von Bilbao in Politik- und Sozialwissenschaften promoviert, die Tauglichkeit von Regierbarkeitsindikatoren für die Entwicklungspraxis unter die Lupe nimmt. ("Los indicadores de gobernabilidad en el campo del desarrollo: alcance y utilidades").

Das zweite Kapitel demonstriert nationale Profile von Regierbarkeit an zwei Beispielen: Guatemala und El Salvador. Warum es gerade diese Beispiele sind, begründet zunächst weniger die in Salamanca lehrende Politik- und Sozialwissenschaftlerin *Fátima García Díez* mit ihrem allgemeinen Überblick ("Perfil de gobernabilidad de Guatemala"), als nachfolgend *Luis R. Ramírez García*, Rechts- und Sozialwissenschaftler der San Carlos Universität in Guatemala ("Acuerdos de Paz y transición democrática en Guatemala"): Selber seinerzeit an den Friedensverhandlungen der Bürgerkriegsparteien beteiligt, analysiert er die Rolle des Friedensschlusses für den Demokratisierungsprozess in seiner Heimat. Der in Kanada an der Universität von British Columbia lehrende Politikwissenschaftler und -berater *Andrés Mejía Acosta* hinterfragt mit Blick auf El Salvador eine einheitliche Begrifflichkeit des Regierbarkeitskonzepts angesichts bestimmter regional differenzierter Phänomene wie politische Polarisierung, Migration und Delinquenz ("La gobernabilidad informal: un análisis crítico del Perfil de Gobernabilidad de El Salvador").

Ging es in diesen ersten beiden Kapiteln eher um die allgemeine Verortung des Themas im aktuellen Diskurs, widmen sich die drei folgenden Kapitel jeweils ausgewählten Themenfeldern wie Reformen des Parlamentarismus, Reform des Justizwesens und Politikreformen (Parteien, Wahlrecht, Repräsentative Demokratie). Das dritte Kapitel einleitend, bilanziert zur Debatte um Parlamentarismus-Reformen *Detlef Nolte*, Professor und Direktor des Hamburger GIGA-Instituts für Lateinamerika-Studien, Vor- und Nachteile von Ein- oder Zweikammersystemen in vergleichender Perspektive ("¿Son dos cámaras mejor que una? Los sistemas bicamerales de América Latina"). Die immer deutlicher hervortretende Notwendigkeit realistischer Budget- und Fiskalplanungskontrolle auf Parlamentsebene als neben allgemeiner Demokratieförderung und Korruptionsbekämpfung wesentliche Voraussetzung von Regierbarkeit in Entwicklungsprozessen konstatiert der international als Berater geschätzte französisch/spanische Politökonom *Carlos Santiso* ("Parliaments and Budgeting: understanding the politics of the budget"), bevor *Mariana Llanos*, in Fragen des Verhältnisses von Legislative und Exekutive in Lateinamerika ausgewiesene Parlamentarismusforscherin, ihr Steckenpferd reitet ("Reforma parlamentaria en América Latina. Un Comentario sobre el control parlamentario del poder ejecutivo"). Das Kapitel schließt ab mit einem eingängigen Plädoyer der brasilianischen Politologin *Sonja Fleury* für den Einbezug der sozialen Teilhabe-Komponente in den Begriff der deliberativen Demokratie ("Democracia deliberativa en América Latina: el ejemplo del Presupuesto Participativo"). Hier schlagen erkennbar die Erfahrungen der Autorin als Mitglied des von Präsident Lula berufenen Rates für wirtschaftliche und soziale Entwicklung durch.

Vergleichsweise breiten Raum beansprucht Kapitel IV "Reforma Judicial en América Latina", ein augenscheinlich immer noch nahezu unerschöpfliches Thema. Dieses gehen einleitend die in Salamanca forschende Politologin *Pilar Domingo* und ihre Kollegin *Maria*

Luisa Ramos Rollon vom Grundsätzlichen her an, wobei sie den Beitrag Spaniens für den Reformprozess eingehend würdigen ("Reflexiones sobre la reforma judicial en América Latina y el papel de la Cooperación Española"). Anschließend kommt die juristische Zunft zu Wort: Die Kolumbianerin *Mildred Hartmann Arboleda*, Professorin für Straf- und Strafprozessrecht in Bogotá, analysiert bisherige Erfahrungen ausgewählter Staaten der Region mit ihren Reformbestrebungen, sich dabei kritischer Untertöne nicht enthaltend ("Apuntes sobre las experiencias de reforma judicial en América Latina"). Ein Komprimat kritischer Aspekte mit deutlichem Schwerpunkt auf dem Strafprozess steuert anschließend der Göttinger Strafrechtler *Kai Ambos* bei ("Breves comentarios sobre la reforma judicial en América Latina"). Vor dem Hintergrund des gegenwärtig Erreichten wagt die in Kiel promovierte und an etlichen Rechtsstaatsprojekten etwa in Bolivien, Chile, Kolumbien, Paraguay, Peru und Venezuela federführend beteiligte GTZ-Justitiarin *Helen Ahrens* aus ihrem Erfahrungsschatz einen im großen und ganzen optimistischen Ausblick in die Zukunft ("Reforma Judicial en América Latina. Una visión hacia el futuro"). Verfassungsrechtlich betrachtet, wäre nur hinzuzufügen, wie wenig sicheren Erfolg verbürgt, exogenen Forderungen nach Rechtsreformen zuliebe sich quasi auf weltweite Einkaufstour zu begeben, um sich im Wege eines solchen "institution shopping" aus mehreren Rechtssystemen eine Mixtur zu schaffen in der Erwartung, diese müsse daheim ungeachtet dort gewachsener eigener Wurzeln funktionieren.

Erst das fünfte Kapitel "Gobernabilidad y reforma política – Europa y América" stößt zum Titelthema des Buches vor. Das nachgerade systemimmanente Spannungsverhältnis zwischen Regierungsinstitutionen und den Dominanz-Ambitionen politischer Parteien untersucht der niederländische Politologe *Álvaro Pinto Scholtbach* ("Gobernabilidad y partidos políticos"). Zu bisherigen und künftigen Wahlreformen unter dem Aspekt institutioneller Partizipation äußert sich der argentinische Politologe und Völkerrechtler *Daniel Zovatto* ("La reforma política electoral en América Latina. Evaluación, situación actual y tendencias 1978-2005"). *Klaus Bodemer*, vormals Direktor des Hamburger Instituts für Iberoamerika-Kunde, Emeritus der Universität Hamburg, spannt mit seinen Überlegungen zum keinesfalls ungefährdeten Fortbestand von Sozialstaat und repräsentativer Demokratie unter den Bedingungen der Globalisierung einen denkbar weiten Bogen ("Democracia representativa, cohesión social y gobernabilidad en América Latina en un contexto globalizado"). Abschließend zieht der am Oxforder Nuffield College lehrende Politikwissenschaftler *Laurence Whitehead* mit seinem Plädoyer für eine fortwährende Dialog- und Lernbereitschaft auf beiden Seiten ein überzeugend konzises Resümee ("Gobernabilidad y reforma política en Europa y América Latina. Algunas lecciones").

Nicht alles, was der Band bietet, ist brandneu. Man wird aber, wie schon eingangs bemerkt, kaum Gleichwertiges in derart komprimierter Form zum Thema finden. Allein dies macht die Lektüre hinreichend empfehlenswert.

Karl-Andreas Hernekamp, Hamburg